



Herrn  
Oberbürgermeister  
Dieter Reiter  
Rathaus  
Marienplatz 8  
80331 München

**Antrag**  
03.07.2017

## **Demokratie ernstnehmen – keine Stigmatisierung einer demokratischen Partei durch die Stadt!**

Ich beantrage:

Der Stadtrat beschließt: Mit sofortiger Wirkung wird die Verbreitung der vom Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“ herausgegebenen Flugschrift „Warum die AfD keine Alternative ist“ an städtischen Einrichtungen gestoppt. Noch ausliegende Exemplare werden eingezogen.

### Begründung:

Die Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) ist eine legale und demokratische politische Partei. Ihre innere Ordnung entspricht demokratischen Grundsätzen im Sinne des Art. 21 Abs. 1 GG. Sie hat in den letzten Jahren erfolgreich an zahlreichen Landtagswahlen teilgenommen und ist mit Fraktionen in einer Reihe von Länderparlamenten vertreten. Indem sie sich dem Votum des Wählers stellt, wirkt sie „bei der politischen Willensbildung des Volkes mit“ (ebd.) und erfüllt damit einen grundgesetzlichen Auftrag.

Im demokratischen Staat findet die politische Willensbildung vom Volk zu den Staatsorganen statt („von unten nach oben“), nicht umgekehrt. Die LHM ist als Institution der öffentlichen Verwaltung, darin Staatsorganen gleichgestellt, zur parteipolitischen Neutralität verpflichtet (Art. 20 Abs. 2 S.1 GG).

Zu diesen grundgesetzlichen Vorgaben stehen nicht nur – grundsätzlich – zahlreiche Institutionen und Maßnahmen der LHM in Widerspruch, die die unverhohlene Einflußnahme auf die politische Willensbildung der Münchner Bürger und Bürgerinnen zum Ziel haben, indem sie „unerwünschte“ politische Positionen und ihre Träger aus der öffentlichen Diskussion auszugrenzen trachten, bestimmte Gruppierungen und ihre Vertreter zu stigmatisieren und die Öffentlichkeit vor ihnen zu „warnen“ versuchen. Den Vorgaben des Grundgesetzes steht auch – ganz

*b.w.*

konkret – die Verbreitung einer vom sogenannten Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“ herausgegebenen vierseitigen Din-A-5-Flugschrift unter dem Titel „Warum die AfD keine Alternative ist“ entgegen, die derzeit an zahlreichen öffentlichen Einrichtungen der Stadt in großer Stückzahl ausliegt.

Dem genannten Bündnis gehören laut Selbstauskunft eine Reihe dezidiert linksstehender, im einzelnen auch linksextremer Organisationen an, so etwa neben mehreren Gewerkschaften u.a. die Grünen, Jusos, die LINKE, der Verein der „Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA), die „interventionistische Linke“ und andere.

Die genannte Flugschrift enthält stark tendenziöse, aber auch eindeutig diffamierende Äußerungen über die AfD; etwa die Behauptung „Die AfD hetzt Menschen gegeneinander auf“ oder „(...) Hierfür trägt die AfD eine Mitverantwortung als geistige Brandstifter“.

Darüber hinaus will das herausgebende Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“ ganz konkret Einfluß auf die bevorstehende Bundestagswahl nehmen und – laut Selbstauskunft – auf die Verhinderung eines AfD-Einzugs in den Bundestag hinwirken; wörtlich: „Im September will sie [die AfD] in den Bundestag. Wir wollen diese Entwicklung nicht hinnehmen!“

Indem sich die LHM an der Verbreitung der Flugschrift beteiligt, macht sie sich nicht nur deren politisch stark einseitige und diffamierende Tendenz, sondern auch das Ziel des genannten Links-Bündnisses zueigen, den politischen Erfolg einer demokratischen und legalen politischen Partei zu verhindern. Sie verstößt damit nicht nur eklatant gegen ihre Pflicht zur parteipolitischen Neutralität, sondern auch gegen elementare Grundsätze der Gleichbehandlung und Nicht-Diskriminierung. Letzteres ist umso weniger akzeptabel, als sich die LHM bei zahlreichen anderen Gelegenheiten ihre (vorgebliche) Nicht-Diskriminierungspolitik stets demonstrativ zugutezuhalten pflegt. Im Licht der hier kritisierten Mitwirkung an der Verbreitung einer gegen eine demokratische Partei gerichteten und offen diskriminierenden Flugschrift zerrinnt dieser hohe Anspruch zu purem Hohn.

Die LHM ist gut beraten – auch um etwaigem rechtlichem Schaden vorzubeugen –, in ihrem Einflußbereich die in Rede stehende Flugschrift so rasch als möglich aus dem Verkehr zu ziehen.



Karl Richter  
Stadtrat